

Die Justiz wird zur Wahrheitsinstanz – ein gefährlicher Irrweg



Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft

Veröffentlicht am 19.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Statue der Justitia

Quelle: David-Wolfgang Ebener/dpa

Weil ein Ökonom den Klimawandel im französischen Fernsehen als „Betrug“ bezeichnete, muss der Sender 20.000 Euro Strafe zahlen. Das Urteil richtet mehr Schaden an als die absurdeste Falschbehauptung.

Das oberste Verwaltungsgericht Frankreichs, das Conseil d'État, hat eine Geldbuße der Medienaufsicht Arcom gegen den Fernsehsender CNews bestätigt (<https://www.24heures.ch/cnews-la-chaine-condamnee-pour-desinformation-climatique-137368398963>). Anlass war eine Sendung, in welcher der Ökonom Philippe Herlin den menschengemachten Klimawandel als „Lüge“ und „Betrug“ bezeichnete, ohne dass Moderator oder andere Gäste widersprachen.

Das Gericht wertet die unkommentierte Verbreitung als Verstoß gegen die Pflicht zur ehrlichen Information und zur Kontrolle des Programms. Die Strafe von 20.000 Euro sei verhältnismäßig und verletze die Meinungsfreiheit nicht, weil sie nicht die politische Haltung des Gastes sanktioniere, sondern die fehlende journalistische Einordnung.

Die Vorstellung, Gerichte oder Medienaufsichten könnten über die Wahrheit von Aussagen oder über deren Einordnung entscheiden, mag verführerisch klingen. Doch die Erwartung ist trügerisch und gefährlich. Gerichte sind Institutionen der Rechtsfindung, nicht der Wahrheitsfindung. Ihre Aufgabe ist es, Streitfälle nach geltendem Recht zu entscheiden – nicht, eine Art Wahrheitsministerium zu sein.

Naturwissenschaftliche Erkenntnisse beruhen auf Beobachtung, Experiment und Theoriebildung und sind stets vorläufig. Der Wahrheit einer Hypothese kann man sich zwar durch empirische Bestätigung annähern, doch da man unmöglich unendlich viele Belege für alle denkbaren Fälle sammeln kann, muss wissenschaftliches Wissen nicht als wahr, sondern als „noch nicht widerlegt“ oder auch vorläufig angesehen werden.

Wissenschaft liefert keine absoluten Wahrheiten für die Ewigkeit, sondern den jeweils besten aktuellen Kenntnisstand, der durch neue Befunde revidiert werden kann. Selbst die durch exzellente Belege untermauerte Theorie des menschengemachten Klimawandels ist prinzipiell falsifizierbar.

Zwar kann kein anderer Faktor annähernd so gut die Klimaentwicklung der vergangenen Jahrzehnte erklären wie die Emission klimawirksamer Treibhausgase durch menschliche Aktivitäten, doch einen endgültigen Beweis kann es nicht geben, das Erdsystem ist komplex.

Gerade der fortschrittsoffene Charakter unterscheidet moderne Wissenschaft von dogmatischer Ideologie oder Theologie. Wahrheit in der Wissenschaft ist kein starres Gerichtsurteil, sondern ein dynamischer Prozess kritischer Diskussion und Prüfung.

Der Ablauf eines Gerichtsverfahrens folgt anderen Regeln als Wissenschaft: In einem Prozess stehen sich zwei Parteien streitig gegenüber, beide präsentieren einseitig die für sie günstigsten Argumente und Gutachten, und am Ende entscheidet ein Richter oder eine Jury, welche Seite überzeugender wirkte. Das hat mit wissenschaftlicher Wahrheitsfindung wenig zu tun.

Dass Wahrheitsfindung per Autoritätsurteil dysfunktional ist, verdeutlichte die Debatte während der Corona-Pandemie. Sogenannte Faktenchecker und Medien stuften Aussagen als Desinformation ein und blockierten sie auf Social Media (<https://www.welt.de/themen/social-media/>), obwohl sie eigentlich Gegenstand offener Debatte hätten sein müssen, wie sich bald herausstellte.

Apodiktische Wahrheitsansprüche

Über den Ursprung des Virus beispielsweise, die Wirksamkeit von Masken, den Einfluss von Kindern und Ungeimpften aufs Infektionsgeschehen, die Übertragungswege des Virus herrschten zeitweise apodiktische Wahrheitsansprüche, die sich jedoch nicht halten ließen. Auch Gerichte mussten sich während der Covid-Debatte auf Zeugenaussagen verlassen, die stets von Werturteilen beeinflusst sind.

Autoritäre Entscheidungen verschleiern, dass die Lage während der Pandemie unsicher war und Behörden unter Zeitdruck entscheiden mussten. Wissenschaftlich waren viele Aussagen Hypothesen oder vorläufige Einschätzungen, wurden aber als „Faktum“ verkauft. Das Problem war nicht, dass sich Wissen ändern kann – das ist normal –, sondern dass Unsicherheit schlecht kommuniziert wurde.

Wegen „Fake News“ und Verschwörungstheorien wächst die Sehnsucht, Staat oder Justiz mögen eingreifen, um die Öffentlichkeit zu schützen. Doch wer bestimmt, was gültige Wahrheit ist? Die Risiken sind hoch, staatliche oder judikative Wahrheitsinstanz können leicht zum Instrument von Unterdrückung werden (<https://www.welt.de/debatte/plus69145c1d35739e19725087aa/desinformation-ursula-von-der-leyens-gefaehrliche-wahrheitspolitik.html>).

Gewinnen Bürger den Eindruck, Gerichte würden im Zweifelsfall eher der offiziellen Linie folgen und abweichende Meinungen mundtot machen, schürt das Verschwörungsdenken anstatt es zu bändigen. Wird eine abstruse Behauptung per Gesetz verboten, erhöht man für manche erst deren Attraktivität.

Zudem gefährdet Rechtsprechung wie jetzt in Frankreich die Redefreiheit. Eine liberale Gesellschaft vertraut darauf, dass offene Debatten falsche Behauptungen entlarven. Die Grenze muss erst dort verlaufen, wo Personen verleumdet oder zu Gewalt angestachelt wird – hier greifen bestehende Gesetze zurecht ein.

Das französische Gericht verweist zwar darauf, nicht die Meinung des Klimaskeptikers verboten zu haben, sondern lediglich die fehlende journalistische Einordnung zu sanktionieren. Doch der Unterschied ist marginal: Wann eine Meinung Widerspruch braucht und wann nicht, darf kein Gericht und keine Medienaufsicht entscheiden.

Die Behauptung des Skeptikers in der TV-Sendung, der Klimawandel sei „Schwindel“ und „Betrug“, dürfte jedem, der die Klimaforschung von innen kennt, absurd vorkommen (https://x.com/Axel_Bojanowski/status/1990747721159090492?s=20). Doch so falsch und polemisch die Begriffe in dem Kontext auch sind, sie bewegen sich auf dem Feld der Meinungsäußerung über einen wissenschaftlichen Sachverhalt.

Der Klimawandel wird seit Langem von Lobbygruppen bespielt (https://www.amazon.de/wissen-wollten-bisher-fragen-wagten/dp/3864894611/ref=sr_1_1). Zunächst griff die fossile Energiewirtschaft die Klimawissenschaft an mit Falschdarstellungen und Schmähungen. Mittlerweile jedoch ist die Lobby der Erneuerbaren Energien mächtig, und auch ihre Kampagnen führen dazu, dass der Sachstand über den Klimawandel in ihrem Sinne verzerrt dargestellt wird (<https://axelbojanowski.substack.com/p/klimajournalisten-entlassen-debatte-wandelt-sich>).

Wo genau liegt hier die Grenze für polemische Kritik? Was ist umgekehrt mit Behauptungen von Klimaaktivisten wie der, die globale Erwärmung sei verursacht vom „fossilen Patriarchat“? Klingen solche Phantasien nicht ebenfalls nach Verschwörung und müsste der französischen Medienaufsicht zufolge widersprochen werden?

Im aufgeheizten Umfeld der Klimadebatte wirkt das gerichtliche Machtwort parteiisch. Damit dürfte das Urteil in Frankreich mehr Schaden angerichtet haben als die absurdeste Behauptung über den Klimawandel – denn die offenbaren sich am besten im offenen Diskurs ohne Gängelung einer Aufsicht. Ob eine Behauptung „wahr“ oder „falsch“ ist, muss in wissenschaftlicher Forschung und im gesellschaftlichen Diskurs darüber ausgehandelt werden.

Axel Bojanowski ist Chefreporter Wissenschaft bei WELT. In seinem Buch „Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber nicht zu fragen wagten“ erzählt er in 53 Geschichten vom Klimawandel zwischen Lobbygruppen und Wissenschaft.

